

Wege geleitet. Die Schule benötigt eine 3 Felderhalle. Die örtlichen Vereine wurden mit einbezogen und von der Stadt Hungen hinsichtlich zusätzlich gewünschter Ausstattungen bzw. baulichen Erweiterungen befragt. Hierbei wurde auch klargestellt, dass sich die Stadt Hungen mit 25 % an den Baukosten eines Gebäudes mit Schulstandart beteiligen muss und die Kosten für zusätzliche Maßnahmen, soweit von ihr gewollt, selbst trägt. Vorgespräche mit Planungsbüros und anderen kommunalen Trägern zeigen auf, dass mit einem Kostenaufwand von rd. 3 Mio. Euro zu rechnen ist. Außerdem wurden verschiedene Sporthallen unterschiedlichster Bauart besichtigt. Die Stadt Hungen erklärte, dass sie ihren Beteiligungsbetrag bereits im Haushalt eingestellt hat.

c.) Bau einer 3 Feld-Sporthalle an der Anne Frank Schule in Linden. Die Sporthalle an dieser Schule ist dringend sanierungsbedürftig. Die Schule fordert mit Schreiben vom 10.12.2010 die Errichtung einer neuen Drei-Feld-Sporthalle. Der notwendige Bedarf hinsichtlich der Größe der Halle wurde noch nicht abschließend festgestellt. Erste Gespräche wurden mit Bürgermeister Dr. Lenz im August 2011 geführt. Auch hier sollen noch in diesem Jahr gemeinsame Gespräche zwischen dem Kreis, der Stadt Linden und den Vereinen folgen.

Zielsetzung ist es, beide Hallen zusammen auszuschreiben um damit Preisvorteile zu erzielen.

d.) Neubau eines Schulklassentraktes an der Theo Koch-Schule in Grünberg. Zu Beginn dieses Jahres wurde ein Gesamt-sanierungskonzept für die TKS Grünberg durch ein Planungsbüro erarbeitet und der Schulgemeinde vorgestellt. Daraus geht auch hervor, dass mehrere Pavillons aus energetischen Gründen und aufgrund des baulichen Zustandes abgerissen und durch einen Neubaukomplex ersetzt werden sollten. Hierdurch entstehen Kosten von rd. 3 Mio. Euro.

e.) Totalsanierung der Limeschule in Pohlheim-Watzenborn-Steinberg. Hierfür wurde noch keine Vorarbeiten geleistet.

3. *Wurden Gespräche mit dem RP geführt?*

Bereits am 22.12.2010 wurde Vertretern des RP Gießen das Mietmodell und dessen haushaltsrechtliche Auswirkungen vorgestellt. Eine direkte Vergabe an die OFB Projektgesellschaft wurde seitens des RP als sehr bedenklich erachtet und ein Ausschreibungsverfahren empfohlen.

Auf Anfrage des RP teilt das Hessische Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung mit, dass die vergaberechtlichen Bedenken von dort geteilt werden. Das Schreiben des Ministeriums wird dem Landkreis am 28.03.2011 zur Kenntnis gegeben.

4. *Wurden Ausschreibungen vorbereitet bzw. Ausschreibungsbedingungen eruiert?*

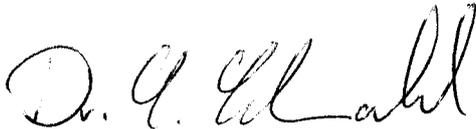
Nein. Auf Anweisung des Dezernenten wurde eine Kreistagsvorlage erstellt,

mit dem Inhalt, den Beschluss des Kreistages vom 13.12.2010 wieder aufzuheben.

Begründet wurde dies mit dem durch das Vergabeverfahren zu erwartenden langen Umsetzungszeitraumes und des damit einhergehenden Bearbeitungsaufwandes.

5. *Wurden weitere Schritte zu Realisierung des Kreistagsbeschlusses unternommen, wenn ja, welche?*

Im Mai 2011 wurde Kontakt mit der ÖPP Deutschland AG aus Berlin aufgenommen um Beratungsleistung zur Vorgehensweise hinsichtlich der Gestaltung des ÖPP – Beschaffungsprozesses zu erhalten. Daraufhin wurde entsprechendes Informationsmaterial übersandt. Am 28.06.2011 wurde durch ÖPP Deutschland in der Kreisverwaltung zu diesem Thema ein Vortrag gehalten.



Dr. Chr. Schmahl
Hauptamtliche Kreisbeigeordnete